

1. E.ON-Chef Teyssen warnt vor Strom-Ausfällen im Winter an kalten und windstillen Tagen

Die Bundesregierung kommt bei ihrer Suche nach Reservekapazitäten als Ersatz für die stillgelegten KKW offenbar nur schleppend voran. Nach einem Medienbericht haben die Stromversorger bislang zu geringe Rester auszugleichen. Der "Wirtschaftswoche" zufolge haben die Versorger dem Wirtschaftsministerium **bisher nur Anlagen mit einer Gesamtleistung von 500 MW gemeldet, die sich als Reserven bis zum Herbst mobilisieren ließen.**

Nach Einschätzung von E.ON-Chef Teyssen hat der Atomausstieg das Risiko für Stromausfälle durch die Abschaltung der Kernkraftwerke vergrößert. "Ich denke an kalte Wintertage, an denen es windstill und stark bewölkt ist. Dann könnten im Stromnetz Reservekapazitäten fehlen, die in der Vergangenheit unter anderem durch Kernkraftwerke zur Verfügung standen", sagte Teyssen. Das Problem betreffe insbesondere den Süden Deutschlands. (RP online 17.07.2011)

2. Kaltreserve: noch keine Entscheidung über Reserve-Kernkraftwerk. Bislang ist noch keine Entscheidung über die sogenannte Kaltreserve gefallen. Demnach soll ein Kernkraftwerk als Reserve zur Überbrückung von Stromengpässen am Netz bleiben. Der Chef der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, suche weiterhin nach einer Lösung um die Gefahr von Stromausfällen zu vermeiden. (Focus online 13.07.2011)

Experte im "Klartext" beim MDR: **Energiewende macht Strom immer teurer!**

In seiner Nachrichtensendung am 13. Juli 2011 (21.45 Uhr)) hat der MDR ein Thema angepackt, das so offen und deutlich bisher nur selten in unseren Medien behandelt wird: Die wirtschaftlichen Auswirkungen der "Energiewende" auf den Lebensstandard der Bürger, konkret dargestellt an Hand der **bald unbezahlbaren Strompreise für Hartz-IV-Empfänger**, die diese oft heute schon nicht mehr bezahlen können. <http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/experte-im-klartext-beim-mdr-energiewende-mach-strom-immer-teurer/>

3. EnBW klagt gegen Atomsteuer - Hemmnis für die Energiewende

Nach den Energiekonzernen RWE und Eon zieht nun auch die Karlsruher EnBW gegen die umstrittene Brennelementesteuer der Bundesregierung vor Gericht. Das Unternehmen teilte mit, es habe jetzt seine Steuererklärung vorgelegt und werde auf dieser Grundlage eine Klage beim zuständigen Finanzgericht Freiburg einreichen. Rückendeckung bekommt der Energiekonzern aus dem Land, das rund 46,5 Prozent der EnBW-Anteile hält. "Wir brauchen das Geld im Land", sagte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel der Nachrichtenagentur dpa.

Hintergrund der Klage ist, dass der Konzern bei der Revision des Atomkraftwerks Philippsburg II vor einigen Wochen 41 der 193 Brennelemente ausgetauscht hat. Die neuen Elemente unterliegen der Steuer. Eine weitere Klage gegen die umstrittene Abgabe ging bereits Ende Juni beim Finanzgericht München ein. Sie stammt von der Betreiberfirma des Atomkraftwerks Gundremmingen, die zu 75 Prozent RWE und zu 25 Prozent Eon gehört. In dem bayrischen Werk waren zuvor ebenfalls Brennelemente gewechselt worden.

Ohne die entsprechenden Finanzmittel müsse die EnBW ihre "ambitionierten Ausbaupläne im Bereich der erneuerbaren Energien" bremsen. Der Konzern hatte im Mai die erste Offshore-Windanlage Baltic I in der Ostsee in Betrieb genommen. Eine zweite mit einer Investitionssumme von einer Milliarde Euro ist in Planung.

SPD-Fraktionschef Schmiedel stärkte Villis den Rücken. Die EnBW müsse massiv in die Energiewende investieren.

Das Unternehmen sieht sich durch externe Gutachter bestätigt. Diese bezweifeln grundsätzlich, dass der Bund ein solches Gesetz auf den Weg bringen durfte. (dpa/Stuttgarter Zeitung 15.07.2011)

4. Mit der Untersuchung von mehr als 1,3 Millionen Kindern von Null bis 15 Jahren in der Schweiz haben Forscher bewiesen, dass es keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen einer Krebserkrankung und der Nähe zu einem Atomkraftwerk gibt. "Das Risiko einer kindlichen Krebserkrankung im Umkreis von Schweizer Kernanlagen unterscheidet sich kaum vom Risiko, welches auch weiter entfernt wohnende Kinder haben", sagt Forschungsleiter Matthias Egger. Die beobachteten Abweichungen der einzelnen Gebiete seien so klein, dass sie am ehesten durch Zufall erklärt werden könnten. (ntv Dienstag, 12. Juli 2011) Siehe auch: http://www.buerger-fuer-technik.de/body_leukamien_durch_kkw_.html

Leukämien durch Kernkraftwerke? Eine Datenmanipulation?

Es gibt weltweit eine Vielzahl von "Leukämie-Clustern" (Gebiete mit erhöhten Leukämieraten) und nur sehr wenige in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen. Die EUROCLUS-Studie, in der 13 551 Leukämieerkrankungen bei Kindern in 17 Ländern zwischen 1980 und 1989 ausgewertet worden waren, wurden 240 Leukämiecluster (Gebiete mit erhöhter Leukämierate) ermittelt, davon nur vier in der Nähe von kerntechnischen Anlagen. Siehe dort auch weitere Infos.

5. Die US-amerikanische Aufsichts- und Genehmigungsbehörde Nuclear Regulatory Commission (NRC) hat am 21.04.2011 die **Betriebsgenehmigung des KKW Palo Verde** im Bundesstaat Arizona **um 20 zusätzliche Betriebsjahre verlängert.** Damit kann Palo Verde 1 (Druckwasserreaktor (DWR, Baujahr 1986) 1.311 MW) laut NRC-Beschluss bis zum 1.6.2045. Palo Verde 2 (DWR 1.314 MW, Baujahr 1988) bis zum 24.04.2046 und Palo Verde 3 (DWR 1.247 MW. Baujahr 1986) bis zum 25.11.2047 betrieben werden. **Damit verfügen bereits 66 der 104 Kraftwerksblöcke über eine Bewilligung für 60 Betriebsjahre.** (atw 56.Jg. (Juni 2011) S. 370. www.nrc.gov,3881) Die Bewilligung erfolgte nach der Atomkatastrophe von Fukushima (11.03.2011). Das deutsche KKW Brokdorf (DWR 1410 MW, Baujahr 1986, viele Jahre unter den "Top Ten" der Stromproduktion weltweit) soll aus ideologischen Gründen im Jahr 2021 stillgelegt werden.

6. Die NRC hat eine **Leistungserhöhung der Kernkraftwerksblöcke Point Beach 1 und 2 um jeweils 17 % von 510 auf 600 MW bewilligt.** Ende 2005 hatte die NRC die **Betriebswilligung auf 60 Jahre genehmigt.** (atw 56.Jg (Juni 2011) S. 371, www.nrc.gov,3880). Die beiden KKW-Blöcke sind **seit 1970 bzw. 1972 in Betrieb.** Im Vergleich dazu: In Deutschland wurden alle vor 1980 in Betrieb gestellten KKW nach Fukushima überhastet und ohne Notwendigkeit a.B. genommen. siehe Fukushima Eins im Vergleich zu deutschen Kernkraftwerken bei www.buerger-fuer-technik.de.

7. Zerstörtes Atomkraftwerk Fukushima Eins war tiefer gelegt. Der verheerende Tsunamischaaden am AKW Fukushima hätte womöglich verhindert werden können – wenn Betreiber Tepco beim Bau nicht die schützende Steilküste abgetragen hätte. Beim Bau des Atomkraftwerks Fukushima-Daiichi in den 1960er-Jahren hat die Betreiberfirma **Tepco offenbar rund 25 Meter**

der Steilküste abtragen lassen. Das Gelände sei planiert worden, um die Betriebskosten für die Pumpen niedrig zu halten, die das Kühlwasser in die Reaktoren befördern Erst damit sei das Kraftwerk dem Tsunami ausgesetzt gewesen, berichtet die Zeitung „The Japan Times.

Das Atomkraftwerk wurde am 11. März von rund 14 Meter hohen Tsunami-Wellen zerstört. Die japanischen KKW hatten bis zu dem durch ein Erdbeben ausgelösten Tsunami am 11. März 30 % des Energiebedarfs der drittgrößten Volkswirtschaft abgedeckt. (Berliner Morgenpost 13. Juli 2011)

Siehe auch: www.buerger- fuer-technik.de/body_fukushima_und_die_energiepolitik der deutschen Bundesregierung 7.6.2011

8. Strom in Japan wird knapp. In Japan drohen wegen der zeitweiligen Abschaltung eines der 4 Blöcke des Kernkraftwerks Ohi wegen einer Störung am Notkühlssystem an der Westküste Japans weitere Stromengpässe. Es sei keine Radioaktivität ausgetreten, und es habe keine Gefahr für die Öffentlichkeit bestanden, teilte die staatliche Atomaufsicht mit.

In Japan stammt rund ein Drittel des Stroms aus Atomkraftwerken. Als Folge der Reaktorkatastrophe von Fukushima nach dem Erdbeben und dem Tsunami im März wurden auch zahlreiche andere Anlagen zu Inspektionszwecken vom Netz genommen. Nach der Abschaltung des Blocks in Ohi sind nur noch 18 von 54 Reaktoren in Betrieb. Die Überprüfung in Ohi könnte länger dauern, zitierte die Nachrichtenagentur Kyodo einen Regierungsbeamten. (**Tagesspiegel 17.07.2011**)

9. Die Ukraine setzt trotz Tschernobyl und Fukushima weiter auf Kernenergie. Das schreibt der Präsident der Ukraine, Janukowitsch, am 18.04.2011 in einem Beitrag für den Tagesspiegel. In der Ukraine sind z.Z 15 KKW-Blöcke in Betrieb, für die äußerst strenge Sicherheitsstandards eingeführt wurden. Die **beiden KKW-Blöcke Chmelnitzki 3 und 4** (1000 MW Druckwasserreaktoren des Typs WWER-1000), deren Bauarbeiten Mitte der 80-er Jahre unterbrochen wurden, sollen ingenieurtechnisch weiterentwickelt werden. Die kommerzielle **Inbetriebnahme ist für 2016 bzw.2017** vorgesehen (atw 56.Jg.(Juni 2011) S. 370)

10.Stromausfall legt ganz Hannover lahm

Hunderttausende saßen am 13.07.2011abends im gesamten Versorgungsgebiet der Stadtwerke Hannover im Dunkeln.

Am 13.7.2011 um kurz nach 22.30 Uhr gingen am Mittwoch in Hannover und in benachbarten Städten wie Langenhagen, Laatzen, Seelze und Garbsen die Lichter aus. **Eine defekte Kupplungsstelle im Hochspannungsnetz** in der Nähe des Kraftwerks Mehrum hat die Versorgung im gesamten Netzgebiet der Stadtwerke Hannover zusammenbrechen lassen. „Die Übertragung ins überregionale Netz hat auch nicht funktioniert. Dadurch kam es zu Schwankungen und als Folge zum Kollaps“ Aufgrund des Stromausfalls gingen bei der Feuerwehr 785 Notrufe ein – 75 führten zu Einsätzen. Davon entfielen alleine 45 Einsätze auf ausgelöste Brandmeldeanlagen. Neun Mal rückte die Feuerwehr aus, um Personen aus festsitzenden Aufzügen zu befreien. Während in Krankenhäusern Notstromaggregate ansprangen, musste die Feuerwehr zu Altenheimen ausrücken, um dort eine Stromversorgung vor allem für Beatmungsgeräte aufzubauen. Bei der Üstra standen die Stadtbahnen still. Beim Flughafen konnten die wenigen Flüge, die zu diesem Zeitpunkt noch anstanden, dank Notstromaggregaten durchgeführt werden In der Innenstadt lag schlagartig die gesamte Infrastruktur darnieder. Ampeln, Rolltreppen der U-Bahnstationen, Geldautomaten – nichts ging mehr. In nur 4 Geschäfte ist eingebrochen worden, niemand wurde ermordet und keiner starb wegen Ausfall medizinischer Geräte.(www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Stromausfall-legt-ganz-Hannover-lahm)

11. In **Hamburg-Bergedorf** waren am 14.07.2011 **3000 Haushalte für 2 Stunden ohne Strom.** (Tagesschau 14.07.2011)

12. Nach Informationen des Spiegel hat **Helmut Kohl die Europapolitik der CDU-Chefin** scharf kritisiert. Ein Weggefährte, der den Altkanzler in letzter Zeit besucht hat, berichtet, **Kohl halte Merkels Europapolitik für "sehr gefährlich"**. Kohl habe gesagt: **"Die macht mir mein Europa kaputt"**, zitiert ein Vertrauter den Altkanzler. Auch andere prominente CDU-Politiker warnen Merkel angesichts der Euro-Krise davor, das europafreundliche Erbe der Partei zu verspielen. **"Europa ist ein politisches Projekt. Es ist viel zu wichtig, um es den Rating-Agenturen zu überlassen"**, sagt der hessische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Chef Volker Bouffier. Ebenso vermisst der Wirtschaftsflügel der Partei eine klare Linie in der Europapolitik. "Das Letzte, was sich eine Exportnation Deutschland leisten kann, ist eine europaskeptische Bevölkerung", sagt der Chef des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk. "Die Regierung muss jetzt in die Offensive gehen." (**17.07.2011, 10:54 Uhr <http://nachrichten.t-online.de>**)

13. Kohlekraftwerk Datteln: Die Genehmigung für das Altkraftwerk Datteln läuft am 31.12.2012 aus. E.ON hatte 2006 verbindlich erklärt, die Altkraftwerke (3 Kohleblöcke) Ende 2012 stillzulegen, um die Nachrüstung zu vermeiden und deshalb einen Neubau beschlossen. Da das neue Kraftwerk bisher nicht weiter genehmigt ist, will E.ON das Altkraftwerk über 2012 hinaus weiter betreiben und hat deshalb die Stilllegungserklärung widerrufen. E.On will deshalb notfalls vor Gericht ziehen. Die alten Kohlekraftwerke könnten erst dann vom Netz gehen, wenn das neue Kraftwerk in Betrieb gehe, so der Standpunkt von E.ON Anders sei es gar nicht möglich, so der Chef von E.ON, Johannes Teysen, gegenüber der WAZ. Ein Viertel der Züge der Deutschen Bahn beziehen ihren Strom aus den alten Kohlekraftwerken. Dazu kommen 100.000 Haushalte, die Fernwärme aus Datteln nutzen. Die Landesregierung in Düsseldorf weist die Forderung von E.ON hingegen zurück. Sollte es versorgungstechnisch notwendig sein, könne unter Umständen ein Weiterbetrieb über das Jahr 2012 hinaus geduldet werden, so das Ministerium. (Marl aktuell 02.07.2011, S.1, Stromnachrichten vom 18.07.2011)

14. Die Berufsdemonstranten werden wieder aktiv: Atomkraftgegner wollen ein ganzes Jahr lang die Zufahrt zum Endlagerbergwerk in Gorleben blockieren. Die Kampagne "Gorleben 365" soll am 14. August beginnen, teilte die Anti-Atom-Initiative "X-tausendmal quer" mit.

Die Erkundung des Salzstocks Gorleben als mögliches Endlager für hoch radioaktiven Atommüll war im vergangenen Herbst nach zehnjähriger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Atomkraftgegner fordern einen Stopp der Arbeiten und einen Neustart bei der Endlagersuche. (Nachrichtenagentur dpa 12. Juli 2011)